

Trump-Behörden: Zölle auf Handelsüberschuss-Partner nötig

Trump's Handelsbeauftragter verteidigt hohe Zölle auf Länder mit Handelsüberschuss. Die Maßnahmen zielen darauf ab, das US-Handelsdefizit anzugehen, während die Spannungen mit China zunehmen.

Washington – Der Handelsbeauftragte der USA, Jamieson Greer, verteidigte am Mittwoch weiterhin die aggressive Handelspolitik von Präsident Donald Trump, während in zahlreichen Ländern höhere Zölle in Kraft traten und die Handelskonflikte mit China einen Höhepunkt erreichten.

Die Auswirkungen von Trumps Zollpolitik

Die von Trump verhängte Zollsteigerung ist die schärfste seit 200 Jahren, wie Fitch Ratings gegenüber CNN erklärte. Experten befürchten, dass dies zu höheren Inflationsraten und schwächerem Wirtschaftswachstum führen könnte. Greer wies darauf hin, dass das Handelsdefizit der USA eine "Notlage" sei, die eine grundlegende Reform der Handelspolitik erforderlich mache. Dennoch zeigte er sich optimistisch, dass Trump offen für Verhandlungen mit anderen Ländern ist.

Gespräche mit internationalen Handelsvertretern

Greer erklärte, dass er kürzlich mit seinen Amtskollegen aus der Europäischen Union, Südkorea, Ecuador und Mexiko gesprochen habe. Er betonte, dass die Zölle notwendig seien, um das allgemeine Handelsdefizit der USA zu bekämpfen, selbst wenn

die Aktienmärkte stagnieren und langjährige Verbündete betroffen sind. Laut Greer zielen die Zölle darauf ab, die sogenannten Nicht-Handelsbarrieren anderer Länder anzugehen, die US-Unternehmen benachteiligen.

Handelskrieg zwischen den USA und China

In der Zwischenzeit befinden sich die USA und China tief in einem Vergeltungshandelskrieg. China ist am stärksten von den jüngsten Zöllen betroffen, da es mit neuen Abgaben von mindestens 104% zu kämpfen hat. Peking reagierte am Mittwoch mit 84% Zöllen auf US-Importe.

Reaktionen auf die Handelskonflikte

"Fast alle Länder haben angekündigt, dass sie nicht gegen die Vereinigten Staaten zurückschlagen werden, mit Ausnahme von China, das seine eigene Entscheidung getroffen hat", sagte Greer. "Sie haben uns immer Schwierigkeiten bereitet, den Zugang zu ihren Märkten eingeschränkt und setzen ihren Kurs nun fort. Das ist ein Problem der chinesischen Eigenverantwortung."

Diese Geschichte entwickelt sich weiter und wird aktualisiert.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at